

Warum der Kampf für Palästina der Kampf gegen den US-Imperialismus in der Region ist

Adam Hanieh, mondoweiss.net, 14.06.24

In den letzten sieben Monaten hat Israels völkermörderischer Krieg in Gaza eine beispiellose Welle des weltweiten Protests und Bewusstseins für Palästina ausgelöst. Viele Millionen Menschen gingen auf die Straße, Camps breiteten sich aus in Universitäten auf der ganzen Welt, mutige Aktivist:innen blockierten Häfen und Waffenfabriken, und es wächst eine tiefe Erkenntnis, dass eine globale Kampagne des Boykotts, der Desinvestition und der Sanktionen gegen Israel jetzt mehr denn je notwendig ist. Die Kraft dieser Volksbewegungen wurde durch die enorme Aufmerksamkeit verstärkt, die die Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) erregte – ein Fall, der nicht nur die Realität des israelischen Völkermords, sondern auch die Kompromisslosigkeit führender westlicher Staaten bei der Ermöglichung der israelischen Aktionen in Gaza und darüber hinaus deutlich machte.

Wenn wir die Geschichte der westlichen Unterstützung für die südafrikanische Apartheid untersuchen, sehen wir die gleiche Art von Rechtfertigungen, die wir heute im Fall Israels sehen und die gleiche Art von Versuchen, internationale Sanktionen zu blockieren und Protestbewegungen zu kriminalisieren.

Doch trotz dieses weltweiten Aufschwungs der Solidarität mit Palästina gibt es nach wie vor einige Missverständnisse darüber, wie Palästina allgemein diskutiert und dargestellt wird. Allzu oft wird die Politik Palästinas nur durch die Linse Israels, der Westbank und des Gazastreifens betrachtet, wobei die breitere regionale Dynamik des Nahen Ostens und der globale Kontext, in dem der israelische Siedlerkolonialismus agiert, ignoriert werden.

In diesem Zusammenhang wird die Solidarität mit Palästina häufig auf die Frage der massiven Menschenrechtsverletzungen und der anhaltenden Verstöße Israels gegen das Völkerrecht reduziert – die Tötungen, Verhaftungen und Enteignungen, denen die Palästinenser:innen seit fast acht Jahrzehnten ausgesetzt sind.

Das Problem bei diesem Menschenrechtsansatz ist, dass er den palästinensischen Kampf entpolitisiert und nicht erklärt, warum die westlichen Staaten Israel weiterhin so eindeutig unterstützen. Und wenn diese entscheidende Frage der westlichen Unterstützung aufgeworfen wird, verweisen viele als Ursache auf eine „Pro-Israel-Lobby“, die in Nordamerika und Westeuropa tätig sei – eine falsche und politisch gefährliche Sichtweise, die das Verhältnis zwischen westlichen Staaten und Israel grundlegend falsch einschätzt.

Mein Ziel in diesem Beitrag ist es, einen alternativen Ansatz zum Verständnis Palästinas vorzustellen – einen Ansatz, der von der weiteren Region und der zentralen Position des Nahen Ostens in unserer auf fossile Brennstoffe ausgerichteten Welt geprägt ist. Mein Hauptargument ist, dass die unermüdliche Unterstützung der USA und führender europäischer Staaten für Israel nicht außerhalb dieses Rahmens verstanden werden kann. Als Siedlerkolonie ist Israel von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung westlicher imperialer Interessen – insbesondere jener der USA – im Nahen Osten. Wahrgenommen hat es diese Rolle neben der anderen wichtigen Säule der US-Kontrolle in der Region: den ölfreien arabischen Monarchien am Golf, vor allem Saudi-Arabien. Die sich rasch entwickelnden Beziehungen zwischen den Golfstaaten, Israel und den USA sind für das Verständnis der gegenwärtigen Situation von wesentlicher Bedeutung, insbesondere angesichts der relativen Schwächung der amerikanischen Weltmacht.

Der Wandel der Nachkriegszeit und der Nahe Osten

In den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmten zwei große globale Veränderungen die sich wandelnde Weltordnung. Die erste war eine Revolution in den Energiesystemen der Welt: das Aufkommen von Öl als wichtigstem fossilen Brennstoff der Welt, der Kohle und andere Energiequellen in den führenden Industrieländern verdrängte. Dieser Übergang von einem fossilen Brennstoff zu einem anderen vollzog sich zuerst in den USA, wo der Verbrauch von Öl 1950 den von Kohle übertraf, gefolgt von Westeuropa und Japan in den 1960er Jahren. In den wohlhabenden Ländern, die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vertreten sind, machte Öl 1950 weniger als 28 % des Gesamtverbrauchs an fossilen Brennstoffen aus; Ende der 1960er Jahre hatte es einen Mehrheitsanteil. Dank seiner größeren Energiedichte, seiner chemischen Flexibilität und seiner leichten Transportierbarkeit trieb Öl den boomenden Nachkriegskapitalismus an und bildete die Grundlage für eine Reihe neuer Technologien, Industrien und Infrastrukturen. Dies war der Beginn dessen, was Wissenschaftler später als „Große Beschleunigung“ bezeichnen würden – eine massive und kontinuierliche Ausweitung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts begann und unaufhaltsam zum heutigen Klimanotstand geführt hat.

Diese globale Umstellung auf Öl war eng mit einer zweiten großen Veränderung der Nachkriegszeit verbunden: der Konsolidierung der USA als führende wirtschaftliche und politische Macht. Der wirtschaftliche Aufstieg der USA hatte in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts begonnen, doch erst der Zweite Weltkrieg markierte den endgültigen Aufschwung der USA zur dynamischsten Kraft im globalen Kapitalismus, dem nur die Sowjetunion und ihre Verbündeten gegenüberstanden.

Die amerikanische Macht entstand durch die Zerstörung Westeuropas während des Krieges und durch die Schwächung der europäischen Kolonialherrschaft über einen Großteil der so genannten Dritten Welt. Als Großbritannien und Frankreich ins Wanken gerieten, übernahmen die USA die Führung bei der Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Architektur der Nachkriegszeit, einschließlich eines neuen globalen Finanzsystems, in dessen Mittelpunkt der US-Dollar stand. Mitte der 1950er Jahre hatten die USA einen Anteil von 60 % an der weltweiten Produktionsleistung und etwas mehr als ein Viertel des globalen BIP – und 42 der 50 größten Industrieunternehmen der Welt waren amerikanische Unternehmen.

Diese beiden globalen Veränderungen – die Hinwendung zum Öl und der Aufstieg der amerikanischen Macht – hatten tiefgreifende Auswirkungen auf den Nahen Osten. Einerseits spielte der Nahe Osten eine ent-

scheidende Rolle bei der globalen Umstellung auf Öl. Die Region verfügte über reiche Ölvorräte, die Mitte der 1950er Jahre fast 40 % der nachgewiesenen Weltreserven ausmachten. Außerdem lag das Öl des Nahen Ostens in der Nähe vieler europäischer Länder, und die Kosten für seine Förderung waren wesentlich niedriger als die Ölförderungskosten in anderen Teilen der Welt.

Trotz der üblichen Darstellung der Osloer Abkommen und der anschließenden Verhandlungen ging es dabei nie um Frieden und einen Weg zur palästinensischen Freiheit. Unter Oslo explodierte die israelische Siedlungsexpansion in der Westbank, die Apartheidmauer wurde gebaut, und es entstanden die ausgeklügelten Bewegungsbeschränkungen, die heute das Leben der Palästinenser:innen bestimmen.

Auf diese Weise konnten scheinbar unbegrenzte Mengen kostengünstigen Öls aus dem Nahen Osten zu Preisen, die unter denen von Kohle lagen, nach Europa geliefert werden, während gleichzeitig sichergestellt wurde, dass die heimischen Ölmärkte in den USA von den Auswirkungen der gestiegenen europäischen Nachfrage abgeschirmt blieben. Die Neuausrichtung der europäischen Erdölversorgung auf den Nahen Osten vollzog sich in bemerkenswert kurzer Zeit: Zwischen 1947 und 1960 verdoppelte sich der Anteil des aus der Region stammenden Erdöls in Europa von 43 % auf 85 %. Dies ermöglichte nicht nur die Entstehung neuer Industrien (z. B. der Petrochemie), sondern auch neue Formen des Verkehrs und der Kriegsführung. Ohne den Nahen Osten hätte es den Übergang zum Erdöl in Westeuropa vielleicht nie gegeben.

Der Großteil der Ölreserven des Nahen Ostens konzentriert sich auf die Golfregion, insbesondere auf Saudi-Arabien und die kleineren arabischen Golfstaaten sowie auf den Iran und den Irak. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden diese Länder von autokratischen Monarchien regiert, unterstützt von den Briten (mit Ausnahme von Saudi-Arabien, das nominell vom britischen Kolonialismus unabhängig war). Die Ölförderung in der Region wurde von einer Handvoll großer westlicher Ölfirmen kontrolliert, die den Herrschern dieser Staaten für das Recht, Öl zu fördern, Pacht und Lizenzgebühren zahlten. Diese Ölfirmen waren vertikal integriert, d. h. sie kontrollierten nicht nur die Förderung des Rohöls, sondern auch die Raffination, den Transport und den weltweiten Verkauf des Öls. Die Macht dieser Unternehmen war immens, denn ihre Kontrolle über die Infrastrukturen des Ölkreislaufs ermöglichte es ihnen, potenzielle Konkurrenten auszuschließen. Die Eigentumskonzentration in der Ölindustrie übertraf bei weitem diejenige in jeder anderen Branche; tatsächlich wurden am Ende des Zweiten Weltkriegs mehr als 80 % aller weltweiten Ölreserven außerhalb der USA und der UdSSR von nur sieben großen amerikanischen und europäischen Unternehmen kontrolliert - den so genannten „Sieben Schwestern“.

Israel und der antikoloniale Aufstand

Als sich der Nahe Osten in den 1950er und 1960er Jahren zum Zentrum der Weltölmärkte entwickelte, sahen sich die Ölfirmen trotz ihrer enormen Macht mit einem großen Problem konfrontiert. Wie überall auf der Welt forderten eine Reihe mächtiger nationalistischer, kommunistischer und anderer linker Bewegungen die vom britischen und französischen Kolonialismus gestützten Herrscher heraus und drohten, die sorgfältig

aufgebaute regionale Ordnung zu stören. Am deutlichsten wurde dies in Ägypten, wo der von Großbritannien unterstützte Monarch, König Farouk, 1952 durch einen Militärputsch unter der Führung des populären Offiziers Jamal Abdel Nasser gestürzt wurde.

Nassers Machtübernahme erzwang den Abzug der britischen Truppen aus Ägypten und führte dazu, dass der Sudan 1956 seine Unabhängigkeit erlangte. Gekrönt wurde die neu gewonnene Souveränität Ägyptens 1956 mit der Verstaatlichung des britisch/französisch kontrollierten Suezkanals – eine Aktion, die von Millionen Menschen im gesamten Nahen Osten gefeiert wurde und einherging mit einer gescheiterten Invasion Ägyptens durch Großbritannien, Frankreich und Israel. Während Nasser diese Schritte unternahm, entwickelten sich anderswo in der Region antikoloniale Kämpfe, vor allem in Algerien, wo 1954 ein Guerillakrieg für die Unabhängigkeit gegen die französische Besatzung begann.

Obwohl dies heute oft übersehen wird, waren diese Bedrohungen der langjährigen Kolonialherrschaft auch in den ölreichen Golfstaaten zu spüren. In Saudi-Arabien und den kleineren Golfmonarchien war die Unterstützung für Nasser groß, und verschiedene linke Bewegungen protestierten gegen die Käuflichkeit, Korruption und prowestliche Haltung der herrschenden Monarchien. Welche Folgen dies haben konnte, zeigte sich im benachbarten Iran, wo 1951 ein populärer nationaler Führer, Muhammad Mossadegh, an die Macht gekommen war. Eine der ersten Amtshandlungen Mossadeghs war die Übernahme der britisch kontrollierten Ölgesellschaft *Anglo-Iranian Oil Company* (dem Vorläufer der heutigen BP), die erste Verstaatlichung der Ölförderung im Nahen Osten. Diese Verstaatlichung fand in den benachbarten arabischen Staaten großen Anklang, wo der Slogan „Arabisches Öl für die Araber“ inmitten der allgemeinen antikolonialen Stimmung große Popularität erlangte.

Als Reaktion auf die Verstaatlichung des iranischen Erdöls inszenierten US-amerikanische und britische Geheimdienstmitarbeiter 1953 einen Staatsstreich gegen Mossadegh, der eine pro-westliche Regierung an die Macht brachte, die dem iranischen Monarchen Muhammad Reza Shah Pahlavi treu ergeben war. Der Putsch war der Auftakt zu einer anhaltenden konterrevolutionären Welle, die sich gegen radikale und nationalistische Bewegungen in der gesamten Region richtete. Der Sturz von Mossadegh zeigte auch eine bedeutende Verschiebung in der regionalen Ordnung: Während Großbritannien eine wichtige Rolle bei dem Staatsstreich spielte, waren es die USA, die die Führung bei der Planung und Durchführung der Operation übernahmen. Dies war das erste Mal, dass die US-Regierung einen ausländischen Herrscher in Friedenszeiten absetzte, und die Beteiligung der CIA an diesem Staatsstreich war ein wichtiger Vorläufer für spätere US-Interventionen wie den Staatsstreich in Guatemala 1954 und den Sturz von Salvador Allende in Chile 1973.

In diesem Kontext wurde Israel zu einem wichtigen Bollwerk der amerikanischen Interessen in der Region. In den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts war Großbritannien wichtigster Unterstützer der zionistischen Kolonisierung Palästinas, und auch nach der Gründung Israels im Jahr 1948 förderte es das zionistische Staatsgründungsprojekt. Doch als die USA in der Nachkriegszeit die britische und französische Kolonialherrschaft im Nahen Osten ablösten, entwickelte sich die amerikanische Unterstützung für Israel zum Dreh- und Angelpunkt einer neuen regionalen Sicherheitsordnung.

Der entscheidende Wendepunkt war der Krieg von 1967 zwischen Israel und führenden arabischen Staaten, in dem das israelische Militär die ägyptische und syrische Luftwaffe zerstörte und die Westbank und den Gazastreifen, die (ägyptische) Sinai-Halbinsel und die (syrischen) Golanhöhen besetzte. Der Sieg Israels zer-

schlug die Bewegungen der arabischen Einheit, der nationalen Unabhängigkeit und des antikolonialen Widerstands, die sich am deutlichsten in Nassers Ägypten herauskristallisiert hatten. Er ermutigte auch die USA, der wichtigste Patron des Landes zu werden und Großbritannien abzulösen. Von diesem Moment an begannen die USA, Israel jährlich mit militärischer Ausrüstung und finanzieller Unterstützung im Wert von Milliarden von Dollar zu versorgen.

Die Bedeutung des Siedlerkolonialismus

Der Krieg von 1967 zeigte, dass Israel eine mächtige Kraft war, die gegen jede Bedrohung der amerikanischen Interessen in der Region eingesetzt werden konnte. Dabei gibt es jedoch eine entscheidende Dimension, die oft nicht beachtet wird: Israels besondere Stellung bei der Unterstützung der amerikanischen Macht steht in direktem Zusammenhang mit seinem inneren Charakter als Siedlerkolonie, die auf der anhaltenden Enteignung der palästinensischen Bevölkerung beruht. Siedlerkolonien müssen ständig daran arbeiten, Strukturen der Rassenunterdrückung, Klassenausbeutung und Enteignung zu festigen. Infolgedessen handelt es sich in der Regel um hoch militarisierte und gewalttätige Gesellschaften, die in der Regel auf externe Unterstützung angewiesen sind, um ihre materiellen Privilegien in einem feindlichen regionalen Umfeld aufrechtzuerhalten.

Doch trotz der anhaltenden Diskussionen über Nachkriegsszenarien haben die letzten 76 Jahre wiederholt gezeigt, dass Versuche, die palästinensische Standhaftigkeit und den Widerstand dauerhaft auszulöschen, scheitern werden. Palästina steht heute an der Spitze eines globalen politischen Aufbruchs, der alles übertrifft, was es seit den 1960er Jahren gegeben hat.

In solchen Gesellschaften profitiert ein erheblicher Teil der Bevölkerung von der Unterdrückung der indigenen Völker und versteht seine Privilegien in rassistischer und militaristischer Weise. Aus diesem Grund sind Siedlerkolonien weitaus verlässlichere Partner westlicher imperialer Interessen als „normale“ Klientenstaaten[1], weshalb der britische Kolonialismus den Zionismus als politische Bewegung im frühen zwanzigsten Jahrhundert förderte – und weshalb die USA Israel in der Zeit nach 1967 unterstützten. Israels Fähigkeit, einen permanenten Zustand des Krieges, der Besatzung und der Unterdrückung aufrechtzuerhalten, wäre ohne kontinuierliche amerikanische Unterstützung stark gefährdet.

Das bedeutet natürlich nicht, dass die USA Israel „kontrollieren“ oder dass es nie Meinungsverschiedenheiten zwischen der amerikanischen und der israelischen Regierung darüber gibt, wie diese Beziehung aufrechterhalten werden sollte. Aber Israels Fähigkeit, einen permanenten Zustand des Krieges, der Besatzung und der Unterdrückung aufrechtzuerhalten, wäre ohne kontinuierliche amerikanische Unterstützung (sowohl materiell als auch politisch) stark gefährdet. Im Gegenzug dient Israel als loyaler Partner und als Bollwerk gegen Bedrohungen der amerikanischen Interessen in der Region.

Israel handelte auch global und unterstützte repressive, von den USA unterstützte Regime in der ganzen Welt – von der Apartheid in Südafrika bis hin zu Militärdiktaturen in Lateinamerika. Alexander Haig, US-Außenminister unter Richard Nixon, drückte es einmal unverblümt aus: „Israel ist der größte amerikanische

Flugzeugträger der Welt, der nicht versenkt werden kann, keinen einzigen amerikanischen Soldaten transportiert und sich in einer für die nationale Sicherheit Amerikas kritischen Region befindet“[3].

Die Verbindung von dem inneren Charakter des israelischen Staates und seiner besonderen Position in der amerikanischen Macht ist vergleichbar mit der Rolle, die die südafrikanische Apartheid für die westlichen Interessen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent spielte. Es gibt wichtige Unterschiede zwischen der südafrikanischen und der israelischen Apartheid – nicht zuletzt der überwiegende Anteil der schwarzen Bevölkerung Südafrikas an der Arbeiterklasse des Landes (im Gegensatz zu den Palästinenser:innen in Israel) –, aber als Siedlerkolonien wurden beide Länder zu zentralen Organisationszentren der westlichen Mächte in ihren jeweiligen Nachbarschaften.

Wenn wir die Geschichte der westlichen Unterstützung für die südafrikanische Apartheid untersuchen, sehen wir die gleiche Art von Rechtfertigungen, die wir heute im Fall Israels sehen (und die gleiche Art von Versuchen, internationale Sanktionen zu blockieren und Protestbewegungen zu kriminalisieren). Diese Parallelen erstrecken sich auch auf die Rolle von Einzelpersonen. Ein wenig bekanntes Beispiel hierfür ist die Reise eines jungen Mitglieds der britischen Konservativen Partei nach Südafrika im Jahr 1989, auf der er sich gegen internationale Sanktionen gegen Südafrika aussprach und begründete, warum Großbritannien das Apartheidregime weiterhin unterstützen sollte. Jahrzehnte später ist dieser junge Tory, David Cameron, nun Außenminister Großbritanniens – und einer der wichtigsten Staats- und Regierungschefs der Welt, die Israels Völkermord in Gaza anfeuern.

Die zentrale Position des Nahen Ostens in der globalen Ölwirtschaft verleiht Israel eine ausgeprägtere Stellung in der imperialen Macht, als sie das Apartheid-Südafrika hatte. Beide Fälle zeigen jedoch, warum es so wichtig ist, darüber nachzudenken, wie sich regionale und globale Faktoren mit der internen Klassen- und Rassendynamik von Siedlerkolonien überschneiden.

Die wirtschaftliche Integration Israels in den Nahen Osten

Der Nahe Osten gewann für die amerikanische Macht noch mehr an Bedeutung, nachdem in den 1970er und 1980er Jahren die Rohölreserven in den meisten Teilen der Region (und anderswo) verstaatlicht wurden. Die Verstaatlichung beendete die langjährige direkte westliche Kontrolle über die Rohölvorräte des Nahen Ostens (auch wenn amerikanische und europäische Unternehmen weiterhin den größten Teil der weltweiten Raffination, des Transports und des Verkaufs dieses Öls kontrollierten). In diesem Zusammenhang drehten sich die Interessen der USA in der Region darum, die stabile Versorgung des Weltmarktes mit Öl – in US-Dollar – zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Öl nicht als „Waffe“ zur Destabilisierung des auf die USA ausgerichteten globalen Systems eingesetzt würde. Da die Ölproduzenten in den Golfstaaten inzwischen Billionen mit dem Export von Rohöl verdienen, waren die USA auch sehr besorgt darüber, wie diese so genannten Petrodollars im globalen Finanzsystem zirkulierten – eine Angelegenheit, die unmittelbar mit der Dominanz des US-Dollars zusammenhängt.

Bei der Verfolgung dieser Interessen konzentrierte sich die US-Strategie voll und ganz auf das Überleben der Golfmonarchien, angeführt von Saudi-Arabien, als wichtige regionale Verbündete. Dies war besonders wichtig nach dem Sturz der iranischen Pahlavi-Monarchie im Jahr 1979, die nach dem Putsch von 1953 eine weitere Stütze der amerikanischen Interessen am Golf gewesen war. Die Unterstützung der Golfmonarchen

durch die USA äußerte sich in vielfältiger Weise - unter anderem durch den Verkauf riesiger Mengen militärischer Ausrüstung, die den Golf zum größten Waffenmarkt der Welt machten, durch Wirtschaftsinitiativen, die den Petrodollar-Reichtum der Golfstaaten in die amerikanischen Finanzmärkte lenkten, und durch eine ständige US-Militärpräsenz, die bis heute die ultimative Garantie für die monarchische Herrschaft darstellt.

Ein entscheidender Moment in den Beziehungen zwischen den USA und den Golfstaaten war der Iran-Irak-Krieg, der von 1980 bis 1988 dauerte und zu den zerstörerischsten Konflikten des zwanzigsten Jahrhunderts zählt (bis zu einer halben Million Menschen kamen ums Leben). Während dieses Krieges lieferten die USA Waffen, Finanzmittel und Geheimdienstinformationen an beide Seiten und sahen darin eine Möglichkeit, die Macht dieser beiden großen Nachbarländer zu schwächen und die Sicherheit der Golfmonarchen weiter zu gewährleisten.

Die Strategie der USA im Nahen Osten stützte sich auf zwei zentrale Säulen: Israel und die Golfmonarchien. Diese beiden Säulen bilden auch heute noch den Kern der amerikanischen Macht in der Region. Auf diese Weise stützte sich die US-Strategie im Nahen Osten auf zwei Hauptpfeiler: Israel auf der einen und die Golfmonarchien auf der anderen Seite. Diese beiden Säulen bilden auch heute noch den Kern der amerikanischen Macht in der Region, allerdings hat sich ihr Verhältnis zueinander entscheidend verändert. Seit den 1990er Jahren und bis heute hat die US-Regierung versucht, diese beiden strategischen Pole -- zusammen mit anderen wichtigen arabischen Staaten wie Jordanien und Ägypten – in einer einzigen Zone zu vereinen, verbunden mit der wirtschaftlichen und politischen Macht der USA. Damit dies gelingen konnte, musste Israel in den weiteren Nahen Osten integriert werden – durch die Normalisierung seiner Beziehungen (wirtschaftlich, politisch, diplomatisch) zu den arabischen Staaten. Dies bedeutete vor allem, dass die seit vielen Jahrzehnten bestehenden formellen arabischen Boykotte Israels abgeschafft werden mussten.

Aus israelischer Sicht ging es bei der Normalisierung nicht nur darum, den israelischen Handel mit und Investitionen in arabischen Staaten zu ermöglichen. Nach einer schweren Rezession Mitte der 1980er Jahre hatte sich die israelische Wirtschaft von Sektoren wie dem Baugewerbe und der Landwirtschaft weg und hin zu einem viel stärkeren Schwerpunkt auf Hightech-, Finanz- und Militärexporte verlagert. Viele führende internationale Unternehmen zögerten jedoch aufgrund der von arabischen Regierungen verhängten sekundären Boykotte, mit israelischen Firmen (oder innerhalb Israels selbst) Geschäfte zu machen[4]. Die Aufhebung dieser Boykotte war eine wesentliche Voraussetzung, um große westliche Firmen nach Israel zu locken und israelischen Firmen den Zugang zu ausländischen Märkten in den USA und anderswo zu ermöglichen. Bei der wirtschaftlichen Normalisierung ging es also ebenso sehr darum, den Platz des israelischen Kapitalismus in der Weltwirtschaft zu sichern, wie um den Zugang Israels zu den Märkten im Nahen Osten.

Zu diesem Zweck setzten die USA (und ihre europäischen Verbündeten) ab den 1990er Jahren eine Reihe von Mechanismen ein, um die wirtschaftliche Integration Israels in den Nahen Osten voranzutreiben. Einer davon war die Ausweitung von Wirtschaftsreformen – eine Öffnung für ausländische Investitionen und Handelsströme, die sich rasch in der Region ausbreitete. In diesem Zusammenhang schlugen die USA eine Reihe von Wirtschaftsinitiativen vor, die darauf abzielten, die israelischen und arabischen Märkte miteinander und dann mit der US-Wirtschaft zu verbinden. Ein zentrales Vorhaben waren die so genannten *Qualifying Industrial Zones (QIZs)* - Niedriglohn-Produktionszonen, die Ende der 1990er Jahre in Jordanien und Ägypten eingerichtet wurden. Die in den QIZ produzierten Waren (vor allem Textilien und Bekleidung) erhielten zoll-

freien Zugang zu den USA, sofern ein bestimmter Anteil der Vorleistungen für ihre Herstellung aus Israel stammte. Die *QIZ* spielten eine frühe und entscheidende Rolle bei der Zusammenführung von israelischem, jordanischem und ägyptischem Kapital in gemeinsamen Eigentumsstrukturen – und normalisierten so die Wirtschaftsbeziehungen zwischen zwei der arabischen Nachbarstaaten Israels. Im Jahr 2007 berichtete die US-Regierung, dass mehr als 70 % der jordanischen Exporte in die USA aus *QIZs* stammten; für Ägypten wurden 2008 30 % der Exporte in die USA in *QIZs* produziert[5].

Neben dem *QIZ*-Programm schlugen die USA 2003 auch die Initiative für eine Freihandelszone im Nahen Osten (*MEFTA*) vor. Ziel der *MEFTA* war es, bis 2013 eine Freihandelszone für die gesamte Region zu schaffen. Die US-Strategie bestand darin, mit „befreundeten“ Ländern einzeln zu verhandeln und dabei einen sechsstufigen Prozess anzuwenden, der schließlich zu einem vollwertigen Freihandelsabkommen zwischen den USA und dem betreffenden Land führen sollte.

Diese Freihandelsabkommen waren so konzipiert, dass die Länder ihre eigenen bilateralen Freihandelsabkommen mit den USA mit den bilateralen Freihandelsabkommen anderer Länder verknüpfen und so Abkommen auf subregionaler Ebene im gesamten Nahen Osten schließen konnten. Diese subregionalen Abkommen konnten im Laufe der Zeit miteinander verbunden werden, bis sie die gesamte Region abdeckten.

Wichtig ist, dass diese Freihandelsabkommen auch dazu dienen würden, die Integration Israels in die arabischen Märkte zu fördern, wobei jedes Abkommen eine Klausel enthält, die den Unterzeichner zur Normalisierung der Handelsbeziehungen mit Israel verpflichtet und jeglichen Boykott der Handelsbeziehungen verbietet. Auch wenn die USA ihr Ziel von 2013, das *MEFTA*-Abkommen zu schließen, nicht erreicht haben, so hat diese Politik doch erfolgreich zur Ausweitung des wirtschaftlichen Einflusses der USA in der Region beigetragen, gestützt durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und wichtigen arabischen Staaten. Bemerkenswerterweise haben die USA heute 14 Freihandelsabkommen mit Ländern auf der ganzen Welt geschlossen, fünf davon mit Staaten im Nahen Osten (Israel, Bahrain, Marokko, Jordanien und Oman).

Die Osloer Abkommen

Der Erfolg der wirtschaftlichen Normalisierung hing jedoch letztlich von einer Änderung der politischen Situation ab, damit es palästinensisches „grünes Licht“ für die wirtschaftliche Integration Israels in die Region gab. Der entscheidende Wendepunkt war das Abkommen von Oslo, ein Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (*PLO*), das 1993 unter der Schirmherrschaft der US-Regierung auf dem Rasen des Weißen Hauses unterzeichnet wurde. Oslo baute in hohem Maße auf den kolonialen Praktiken der vorangegangenen Jahrzehnte auf. Seit den 1970er Jahren hatte Israel versucht, eine palästinensische Kraft zu finden, die die Westbank und den Gazastreifen in seinem Namen verwalten sollte – ein palästinensischer Stellvertreter für die israelische Besatzung, der den täglichen Kontakt zwischen Palästinenser:innen und dem israelischen Militär auf ein Minimum reduzieren konnte. Diese ersten Versuche scheiterten während der ersten Intifada, einem großflächigen Volksaufstand, der 1987 (im Gazastreifen) begann. Die Osloer Abkommen beendeten die erste Intifada.

Im Rahmen von Oslo erklärte sich die *PLO* bereit, eine neue politische Einheit, die Palästinensische Autonomiebehörde (*PA*), zu gründen, der begrenzte Befugnisse über die zerstückelten Gebiete der Westbank und des Gazastreifens eingeräumt werden sollten. Die Palästinensische Autonomiebehörde wäre für ihr Überle-

ben vollständig von externen Finanzmitteln abhängig – insbesondere von Darlehen, Hilfgeldern und von Israel erhobenen Einfuhrsteuern, die dann an die Palästinensische Autonomiebehörde überwiesen würden. Da die meisten dieser Finanzierungsquellen letztlich von westlichen Staaten und Israel stammten, wurde die PA schnell politisch untergeordnet. Darüber hinaus behielt Israel die volle Kontrolle über die palästinensische Wirtschaft und die Ressourcen sowie über den Personen- und Warenverkehr. Nach der territorialen Teilung des Gazastreifens und der Westbank im Jahr 2007 richtete die Palästinensische Autonomiebehörde ihren Sitz in Ramallah in der Westbank ein. Heute wird die Palästinensische Autonomiebehörde von Mahmoud Abbas geleitet [6].

Trotz der üblichen Darstellung der Osloer Abkommen und der anschließenden Verhandlungen ging es dabei nie um Frieden und einen Weg zur palästinensischen Freiheit. Unter Oslo explodierte die israelische Siedlungsexpansion in der Westbank, die Apartheidmauer wurde gebaut, und es entstanden die ausgeklügelten Bewegungsbeschränkungen, die heute das Leben der Palästinenser:innen bestimmen.

Oslo diente dazu, wichtige Teile der palästinensischen Bevölkerung – Flüchtlinge und palästinensische Bürger Israels – aus dem politischen Kampf auszuschließen und die Frage Palästinas auf Verhandlungen über Gebietsabschnitte in der Westbank und im Gaza-Streifen zu reduzieren. Vor allem aber gab Oslo der Integration Israels in den Nahen Osten den palästinensischen Segen und ebnete den arabischen Regierungen – allen voran Jordanien und Ägypten – den Weg für eine Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel unter der Schirmherrschaft der USA.

Nach Oslo entstanden die Bewegungseinschränkungen, Sperren, Kontrollpunkte und militärischen Puffer, die den Gazastreifen heute umschließen. In diesem Sinne ist das Freiluftgefängnis, das heute Gaza ist, selbst eine Schöpfung des Oslo-Prozesses: Ein direkter Draht verbindet die Oslo-Verhandlungen mit dem Völkermord, dessen Zeuge wir heute sind. Angesichts der laufenden Diskussionen über mögliche Nachkriegsszenarien ist es wichtig, sich dies in Erinnerung zu rufen. Die israelische Strategie besteht seit jeher in der periodischen Anwendung extremer Gewalt, gepaart mit falschen Versprechungen über international unterstützte Verhandlungen. Diese beiden Instrumente sind Teil desselben Prozesses und dienen dazu, die fortgesetzte Fragmentierung und Enteignung des palästinensischen Volkes zu verstärken. Bei allen Nachkriegsverhandlungen, die von den USA gesteuert werden, wird es sicherlich ähnliche Versuche geben, Israels fortgesetzte Herrschaft über das Leben und das Land der Palästinenser:innen zu sichern.

Weiter gedacht

Die strategische Bedeutung des ölreichen Nahen Ostens für die amerikanische Weltmacht erklärt, warum Israel heute der größte kumulierte Empfänger von US-Auslandshilfe in der Welt ist, obwohl es gemessen am Pro-Kopf-BIP die 13. reichste Volkswirtschaft der Welt ist (reicher als Großbritannien, Deutschland oder Japan). Dies erklärt auch die parteiübergreifende Unterstützung Israels durch die politischen Eliten in den USA (und Großbritannien). Tatsächlich erhielt Israel im Jahr 2021 – unter der Präsidentschaft von Trump und vor dem aktuellen Krieg – mehr US-Auslands-Militärgelder als alle anderen Länder der Welt zusammen.

Und wie die letzten acht Monate gezeigt haben, geht die amerikanische Unterstützung weit über die finanzielle und materielle Unterstützung hinaus, wobei die USA als letzter Rückhalt für die politische Verteidigung Israels auf der Weltbühne fungieren [7].

Wie wir gesehen haben, ist dieses amerikanische Bündnis mit Israel nicht zufällig mit der Enteignung des palästinensischen Volkes verbunden, sondern begründet diese sogar. Es ist Israels Siedler-kolonialer Charakter, der ihm eine so überragende Rolle bei der Stärkung der US-Macht in der Region verschafft hat. Deshalb ist der Kampf der Palästinenser:innen so wichtig für den politischen Wandel im gesamten Nahen Osten – einer Region, die heute die am stärksten sozial polarisierte, wirtschaftlich ungleiche und von Konflikten geprägte Region der Welt ist. Umgekehrt ist der Kampf für Palästina eng mit den Erfolgen (und Misserfolgen) anderer fortschrittlicher sozialer Kämpfe in der Region verknüpft.

Die zentrale Achse dieser interregionalen Dynamik bleibt die Verbindung zwischen Israel und den Golfstaaten. In den zwei Jahrzehnten nach den Osloer Verträgen betonte die US-Strategie im Nahen Osten weiterhin die wirtschaftliche und politische Integration Israels mit den Golfstaaten. Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess war das *Abraham-Abkommen* von 2020, in dem sich die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Bahrain bereit erklärten, ihre Beziehungen zu Israel zu normalisieren. Das Abraham-Abkommen ebnete den Weg für ein Freihandelsabkommen zwischen den VAE und Israel, das 2022 unterzeichnet wurde und das erste Freihandelsabkommen Israels mit einem arabischen Staat darstellt. Das Handelsvolumen zwischen Israel und den VAE überstieg 2022 die Marke von 2,5 Milliarden US-Dollar, während es 2020 nur 150 Millionen US-Dollar waren. Auch der Sudan und Marokko haben ähnliche Abkommen mit Israel geschlossen, angespornt durch erhebliche amerikanische Anreize.[8]

Mit dem Abraham-Abkommen unterhalten nun fünf arabische Länder offizielle diplomatische Beziehungen zu Israel. Diese Länder umfassen rund 40 % der Bevölkerung der gesamten arabischen Welt und einige der führenden politischen und wirtschaftlichen Mächte der Region. Eine entscheidende Frage bleibt jedoch noch offen: Wann wird Saudi-Arabien diesem Club beitreten? Während es unmöglich ist, dass die VAE und Bahrain ohne Einverständnis Saudi-Arabiens dem Abraham-Abkommen zugestimmt haben, hat das saudische Königreich seine Beziehungen zu Israel bisher nicht formell normalisiert – trotz einer Vielzahl von Treffen und informellen Verbindungen zwischen den beiden Staaten in den letzten Jahren.

Inmitten des gegenwärtigen Völkermords ist ein Normalisierungsabkommen zwischen Saudi-Arabien und Israel zweifellos das Hauptziel der US-Planungen für die Nachkriegszeit. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die saudische Regierung einem solchen Ergebnis zustimmen würde – und wahrscheinlich hat sie dies auch der Regierung Biden gegenüber angedeutet – vorausgesetzt, sie erhält eine Art grünes Licht von der PA in Ramallah (vielleicht in Verbindung mit der internationalen Anerkennung eines palästinensischen Pseudostaats in Teilen der Westbank).

Diesem Szenario stehen natürlich erhebliche Hindernisse entgegen, darunter die anhaltende Weigerung der Palästinenser im Gazastreifen, sich zu unterwerfen, und die Frage, wie der Gazastreifen nach Beendigung des Krieges verwaltet werden soll. Aber der derzeitige US-Plan einer multinationalen arabischen Truppe, die die Kontrolle über den Gazastreifen übernimmt und von einigen der führenden Staaten der Normalisierung – den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten und Marokko – angeführt wird, wäre wahrscheinlich mit einer saudi-israelischen Normalisierung verbunden.

Angesichts der scharfen Rivalitäten und geopolitischen Spannungen auf globaler Ebene, insbesondere mit China, ist es für die Interessen der USA in der Region zunehmend wichtig, die Golfstaaten und Israel zusammenzubringen. Zwar gibt es keine andere „Großmacht“, die die amerikanische Dominanz im Nahen Osten er-

setzen könnte, doch hat der politische, wirtschaftliche und militärische Einfluss der USA in der Region in den letzten Jahren relativ abgenommen. Ein Indiz dafür sind die wachsenden Interdependenzen zwischen den Golfstaaten und China/Ostasien, die inzwischen weit über den Export von Rohöl aus dem Nahen Osten hinausgehen. Vor diesem Hintergrund - und angesichts der langjährigen Bedeutung Israels für die amerikanische Macht – würde jeder vom US-Staat gesteuerte Normalisierungsprozess dazu beitragen, die Vorrangstellung der USA in der Region zu bestärken und möglicherweise als entscheidender Hebel gegen den Einfluss Chinas in der Region dienen.

Doch trotz der anhaltenden Diskussionen über Nachkriegsszenarien haben die letzten 76 Jahre wiederholt gezeigt, dass Versuche, die palästinensische Standhaftigkeit und den Widerstand dauerhaft auszulöschen, scheitern werden. Palästina steht heute an der Spitze eines globalen politischen Aufbruchs, der alles übertrifft, was es seit den 1960er Jahren gegeben hat.

Inmitten dieses geschärften Bewusstseins für die palästinensische Situation muss unsere Analyse über den unmittelbaren Widerstand gegen Israels Brutalität im Gazastreifen hinausgehen. Der Kampf für die Befreiung Palästinas steht im Mittelpunkt jeder wirksamen Herausforderung der imperialen Interessen im Nahen Osten, und unsere Bewegungen müssen diese umfassendere regionale Dynamik besser verstehen – insbesondere die zentrale Rolle der Golfmonarchien. Wir brauchen auch ein tieferes Verständnis dafür, wie der Nahe Osten in die Geschichte des fossilen Kapitalismus und die aktuellen Kämpfe für Klimagerechtigkeit passt. Die Frage Palästinas kann nicht von diesen Realitäten getrennt werden. In diesem Sinne stellt der außergewöhnliche Überlebenskampf, den die Palästinenser:innen heute im Gazastreifen führen, die Speerspitze des Kampfes um die Zukunft des Planeten dar.

Adam Hanieh ist Professor für politische Ökonomie und globale Entwicklung am Institut für Arabische und Islamische Studien der Universität Exeter. Sein neuestes Buch, Crude Capitalism: Oil, Corporate Power, and the Making of the World Market, erscheint im September 2024 bei Verso Books.

[1] Weitere Ausführungen und Dokumentationen zu den in diesem Abschnitt dargelegten Punkten finden Sie in meinem demnächst erscheinenden Buch *Crude Capitalism: Oil, Corporate Power, and the Making of the World Market* (Verso Books, 2024).

[2] Arabische Klientelregime - wie das heutige Ägypten, Jordanien und Marokko - sehen sich immer wieder mit Herausforderungen durch politische Bewegungen innerhalb ihrer eigenen Grenzen konfrontiert und sind stets gezwungen, sich dem Druck von unten anzupassen und darauf zu reagieren.

[3] Die Quelle für dieses Zitat findet sich in einem Artikel des ehemaligen israelischen Botschafters in den USA, Michael Oren, mit dem Titel „The Ultimate Ally“.

[4] Sekundäre Boykotte bedeuteten, dass ein in Israel investiertes Unternehmen, z. B. Microsoft, von den arabischen Märkten ausgeschlossen wurde.

[5] Weitere Diskussionen über die QIZ, MEFTA und die politische Ökonomie der israelischen Normalisie-

rung finden sich in Adam Hanieh, Lineages of Revolt: Issues of Contemporary Capitalism in the Middle East (Haymarket Books, 2013), insbesondere S. 36-38.

[6] Die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat im Jahr 2006 wurden von der Hamas mit 74 von zur Wahl stehenden 132 Sitzen überzeugend gewonnen. Zunächst wurde eine Regierung der nationalen Einheit zwischen der Hamas und der Fatah, der dominierenden palästinensischen Partei, die die Palästinensische Autonomiebehörde kontrolliert, gebildet. Diese Regierung wurde jedoch von der Fatah aufgelöst, nachdem die Hamas 2007 die Kontrolle über den Gaza-Streifen übernommen hatte. Seitdem gibt es in Gaza und in der Westbank getrennte Behörden.

[7] Neben direkter militärischer und finanzieller Hilfe gibt es noch viele andere Arten der Unterstützung - zum Beispiel stellen die USA Israel Kreditgarantien in Höhe von Milliarden Dollar zur Verfügung, die es Israel ermöglichen, auf dem Weltmarkt billigere Kredite aufzunehmen. Israel ist eines von nur sechs Ländern in der Welt, die in den letzten zehn Jahren solche Garantien erhalten haben (die anderen sind die Ukraine, der Irak, Jordanien, Tunesien und Ägypten).

[8] Im Falle des Sudan erklärten sich die USA bereit, ein Darlehen in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar zu gewähren und das Land von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus zu streichen (obwohl das Normalisierungsabkommen noch nicht ratifiziert wurde). Im Falle Marokkos erkannten die USA die marokkanische Souveränität über die Westsahara im Gegenzug für die Normalisierung der Beziehungen des Landes zu Israel an.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2024/06/why-the-fight-for-palestine-is-the-fight-against-u-s-imperialism-in-the-region/>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de